



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**136,42 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**53,19 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

7.400

MW Photovoltaik-Leistung sind im ersten Halbjahr nach vorläufigen Zahlen ans Netz gegangen. Das entspricht einem Plus von 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

GASNETZ

Acer sieht Lücken in EU-Netzscenarien

GEBÄUDETECH-
NIK

Fraunhofer zeigt integriertes Wärmekonzept für Quartiere

KLIMASCHUTZ

Ucanéo eröffnet Direct Air Capture für CO₂ in Berlin

Inhalt

TOP-THEMA

→ **SMART METER:** VDE fordert Kurswechsel bei Smart Meter Light

POLITIK & RECHT

- **GASNETZ:** Acer sieht Lücken in EU-Netzscenarien
- **KLIMASCHUTZ:** Studie beleuchtet Rechtsgrundlage für ETS-Reform
- **STATISTIK DES TAGES:** Die wärmsten Jahre in Europa bis 2026

HANDEL & MARKT

- **STROMNETZ:** SH Netz meldet Höchststand bei Anschlussanfragen
- **MOBILITÄT:** Elektroautos führen erstmals Neuzulassungen an
- **PHOTOVOLTAIK:** Solarzubau steigt durch Sondereffekte
- **REGENERATIVE:** EEG-Konto: Bundeszuschuss sinkt im Juni deutlich

TECHNIK

- **GEBÄUDETECHNIK:** Fraunhofer zeigt integriertes Wärmekonzept für Quartiere
- **STROMNETZ:** Ostbayernring vollständig am Netz
- **WASSERSTOFF:** Ariadne sieht Wasserstoff in Industrieclustern

UNTERNEHMEN

- **KLIMASCHUTZ:** Ucanéo eröffnet Direct Air Capture für CO₂ in Berlin
 - **UMFIRMIERUNG:** Siemens Energy wird zu Omterra
 - **WIRTSCHAFT:** Windkraftpionier Sowitec meldet Insolvenz an
 - **WASSERSTOFF:** Messer steigt bei Lhyfe-Standorten ein
 - **STADTWERKE:** Teterow stützt Liquidität der Stadtwerke
 - **GEOTHERMIE:** EWP startet Tiefenbohrung in Potsdam
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Wiederaufflammen des Irankriegs lenkt LNG von Europa weg
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

VDE fordert Kurswechsel bei Smart Meter Light



Quelle: Shutterstock / Shcherbakov Ilya

SMART METER. VDE FNN und DKE warnen vor einem „Smart Meter Light“. Statt eines zusätzlichen Technologiepfads solle die bestehende Infrastruktur intelligenter Messsysteme konsequent genutzt werden.

Das Forum Netztechnik/Netzbetrieb im VDE (VDE FNN) und die Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (DKE) sprechen sich gegen die Einführung eines eigenständigen „Smart Meter Light“ aus. In einem Positionspapier warnen beide Organisationen davor, mit einer zusätzlichen Technologievariante den laufenden Smart-Meter-Rollout zu bremsen.

Hintergrund ist das Anfang Juli vom Koalitionsausschuss beschlossene Reformpaket. Darin haben die Koalitionsparteien vereinbart, insbesondere für Mieter außerhalb des verpflichtenden Smart-Meter-Rollouts ein kostengünstiges Smart Meter Light einzuführen. VDE FNN und DKE unterstützen zwar das Ziel einer Beschleunigung des Rollouts, halten es jedoch für den falschen Weg, Parallelstrukturen zu schaffen.

Nach Einschätzung der beiden Organisationen würde ein zusätzlicher Technologiepfad umfangreiche Arbeiten bei Standardisierung, Normung, Entwicklung, Integration und Betrieb erfordern. Dafür müssten dieselben personellen und technischen Ressourcen eingesetzt werden, die derzeit für den Hochlauf intelligenter Messsysteme benötigt würden. Dies würde den bereits angelaufenen Rollout verlangsamen und den angestrebten Skalierungseffekt verringern.

Nach Angaben von VDE FNN und DKE sind inzwischen nahezu 4 Millionen intelligente Messsysteme installiert. Geräte, Prozesse und IT-Systeme befänden sich mittlerweile im produktiven Masseneinsatz und würden kontinuierlich weiterentwickelt. Zudem gewinne der deutsche Smart-Meter-Ansatz auch auf europäischer Ebene an Bedeutung. So stärkten der Cyber Resilience Act (CRA) und das europäische Zertifizierungsschema EUCC den Ansatz einer zertifizierten und vertrauenswürdigen Smart-Meter-Infrastruktur. In dieser Phase sei regulatorische Stabilität ein entscheidender Erfolgsfaktor.

Mit 1:n-Architektur lassen sich die Ziele erreichen

Als Alternative zu einem „Smart Meter Light“ verweisen die Autoren auf die bereits gesetzlich verankerte sogenannte 1:n-Lösung. Dabei werden in Mehrparteienhäusern mehrere Stromzähler über ein gemeinsames Smart-Meter-Gateway angebunden. Die Kommunikationsinfrastruktur müsse dadurch nur

einmal installiert werden; die Kosten könnten auf mehrere Messstellen verteilt werden. Zusätzliche Standards, Schnittstellen oder parallele Marktprozesse seien nicht erforderlich. Die Einbindung weiterer Zähler könne zudem über Wireless M-Bus ohne aufwendige Verkabelung erfolgen.

Nach Auffassung von VDE FNN und DKE erfüllt die bestehende 1:n-Architektur bereits die Ziele, die das Koalitionspapier mit einem „Smart Meter Light“ verfolgt. Sie ermögliche eine kosteneffiziente und cybersichere Einbindung von Endkunden außerhalb des verpflichtenden Rollouts und sei vollständig in die bestehenden Marktprozesse integriert. Gleichzeitig könne sie auch künftige Anforderungen etwa durch Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen oder Ladeeinrichtungen abdecken.

Für ein „Smart Meter Light“ hatten sich schon vor Monaten vor allem neue Energieanbieter ausgesprochen. So hieß es beispielsweise von Octopus Energy, mit einem einfachen und günstigen Messsystem, das „schlanken Anforderungen“ genüge, könne der Massenmarkt schnell für innovative Tarife erschlossen werden. Die Übermittlung von Zählerdaten in Echtzeit sei das Gebot der Stunde, damit die Tarife zum Fliegen kommen und der Blindflug der Netzbetreiber in der Niederspannung ein Ende habe.

Allerdings hatte es auch wettbewerbliche Messstellenbetreiber gegeben, die sich skeptisch bis ablehnend über einen „Rollout-Light“ geäußert hatten. „Nicht der Zählertyp verursacht die hohen Kosten, sondern die komplizierten Abläufe und notwendigen Systeme. Wir sollten bei der Sicherheit keine Kompromisse machen und uns stattdessen voll auf die Umsetzung konzentrieren“, hatte Markus Meyer von Enpal im Sommer 2025 gesagt.

Die Initiative „Simplify Smart Metering“ hatte in einem Positionspapier klargestellt, dass insbesondere Steuerungsvorgänge über gesicherte Kanäle erfolgen müssen. „Hier sehen wir das Gateway (das Smart Meter Gateway als Teil des intelligenten Messsystems; Anm. d. Red.) als gesetzt an“, schrieben die Autoren. Daher sei ihr Ansatz auch keine Konkurrenz zum intelligenten Messsystem. Ihnen gehe es vielmehr um eine „smarte moderne Messeinrichtung“, also einen intelligenten elektronischen Zähler ohne Smart Meter Gateway. Dadurch könnten dynamische Tarife sowie optionale Einbaufälle wie auch optionale Einbaufälle unterhalb der Verbrauchsschwelle für den Pflichteinbau schneller und einfacher umgesetzt werden. (fw)

Das **Positionspapier von VDE FNN** steht zum Download zur Verfügung. // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Visionsi

Acer sieht Lücken in EU-Netzscenarien

GASNETZ. Die europäische Regulierungsagentur Acer kritisiert die Szenarien für Europas Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze. Die Methodik bilde den nötigen Umbau nur unzureichend ab.

Die in Ljubljana (Slowenien) ansässige Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Acer) sieht Schwächen im europäischen Szenarienbericht 2026. Die Szenarien seien trotz einiger Verbesserungen noch keine verlässliche Grundlage für die Infrastrukturplanung.

Den Entwurf des Szenarienberichts haben der Europäische Verband der Übertragungsnetzbetreiber für Strom (Entsoe) und der Europäische Verband der Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (Entsog) erstellt. Die Szenarien bilden die Grundlage für die europäischen Zehnjahres-Netzentwicklungspläne für Strom, Gas und Wasserstoff, die sogenannten Ten-Year Network Development Plans (TYNDP).

Im Zentrum der Kritik steht das zentrale Szenario „National Trends+“. Ausgangspunkt sind nationale Strategien und die aktualisierten Energie- und Klimapläne der EU-Mitgliedstaaten. Da die zusammengeführten nationalen Entwicklungspfade nicht ausreichen, um die EU-Ziele zu erreichen, wenden die Verbände eine Lückenschlussmethode an. Dabei senken sie den angenommenen Endenergieverbrauch von Kohle und Öl, bis das europäische Endenergieverbrauchsziel erreicht ist.

Lückenschluss greift aus Acer-Sicht zu kurz

Acer hält diese rechnerische Anpassung für unzureichend. Ein starker Rückgang des Kohle- und Ölverbrauchs setzt voraus, dass unter anderem mehr erneuerbarer Strom, Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge, Wasserstoff und Effizienzmaßnahmen zum Einsatz kommen. Die Lückenschlussmethode bilde jedoch nicht ausreichend ab, wie sich dadurch der Bedarf an Strom, Methan und zusätzlicher Infrastruktur verändert. Das Szenario könne die EU-Ziele daher auf dem Papier erreichen, ohne den notwendigen Umbau des Energiesystems vollständig abzubilden.

Dadurch könnte der künftige Infrastrukturbedarf laut Acer unvollständig erfasst werden. Das könnte die Bewertung und Auswahl von Netzprojekten beeinflussen, insbesondere mit Blick auf das EU-Klimaziel für

2040. Acer fordert Entsoe und Entsog deshalb auf, im endgültigen Bericht offenzulegen, wie groß die verbleibende Lücke zu den EU-Zielen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien ist und wo die Grenzen der Lückenschlussmethode liegen.

Entsoe und Entsog halten „National Trends+“ dagegen für zielkonform. Der Entwurf beschreibt langfristig einen sinkenden Endenergiebedarf, einen steigenden Stromverbrauch, einen rückläufigen Methanbedarf und eine wachsende Rolle von Wasserstoff vor allem in schwer zu dekarbonisierenden Sektoren.

Kaum Unterschiede zwischen den Varianten

Verbesserungsbedarf sieht Acer auch bei den erstmals eingeführten Varianten für hohes und niedriges Wirtschaftswachstum. Sie verändern den Endenergiebedarf der EU in den Jahren 2035 und 2040 gegenüber dem zentralen Pfad nur um jeweils etwa 1 Prozent nach oben oder unten. Bis 2040 liegt die Spanne zwischen beiden Varianten beim Methanverbrauch bei etwa 11 Prozent, beim Wasserstoffverbrauch bei weniger als 7 Prozent. Die Annahmen auf der Angebotsseite und zu den Erzeugungskapazitäten bleiben weitgehend gleich.

Mit den Varianten lassen sich nach Einschätzung von Acer deshalb noch keine deutlich unterschiedlichen Transformationspfade und Infrastrukturbedarfe prüfen. Gerade bei Wasserstoff sei die Unsicherheit über Nachfrage, Erzeugung und Infrastrukturbedarf hoch. Für künftige Planungszyklen fordert die Agentur größere Abstände zwischen den Varianten. Bei Wasserstoff sollen die Annahmen zudem nicht nur spiegelbildlich nach oben und unten verändert werden.

Acer kritisiert außerdem unterschiedlich strenge Reifekriterien für Strom- und Wasserstoffprojekte. 47 von 178 Stromübertragungsprojekten fallen in die Kategorie „geplant, aber noch nicht im Genehmigungsverfahren“. Bei Wasserstoff waren 212 von 244 Vorhaben in die dritte Kandidatenliste für Projekte von gemeinsamem oder gegenseitigem Interesse aufgenommen. Von diesen 212 Projekten galten 141 als weniger weit fortgeschritten. 115 waren zugleich in keinem nationalen Netzentwicklungsplan enthalten.

Entsoe und Entsog übermittelten Acer den Entwurf am 11. Juni und damit rund sechs Monate später als vorgesehen. Die Agentur warnt, dass wiederholte Verzögerungen die Relevanz und Glaubwürdigkeit des Planungsverfahrens beeinträchtigen könnten. Da der Stichtag für die Datenerhebung der 31. Dezember 2024 war, könnten im Jahr 2027 veröffentlichte Ergebnisse noch auf Annahmen und Eingangsdaten aus dem Jahr 2024 beruhen.

Nach Eingang der Acer-Stellungnahme hat die Europäische Kommission drei Monate Zeit, den Entwurf zu genehmigen oder Änderungen zu verlangen. Nach der Genehmigung müssen Entsoe und Entsog den endgültigen Szenarienbericht binnen zwei Wochen veröffentlichen.

Der **Entwurf des Szenarienberichts „TYNDP 2026“** ist auf einer gemeinsamen Internetseite von Entsoe und Entsog abrufbar. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Studie beleuchtet Rechtsgrundlage für ETS-Reform



Quelle: Stiftung Umweltenergierecht

KLIMASCHUTZ. Die Stiftung Umweltenergierecht aus Würzburg hat vor den geplanten Reformvorschlägen der EU-Kommission zum CO2-Emissionshandel die möglichen Rechtsgrundlagen und Verfahren untersucht.

Am 17. Juli 2026 will die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Reform der EU-Emissionshandelsrichtlinie vorlegen. Das EU-ETS (Emissions Trading System) ist das europäische System, das den CO₂-Ausstoß von Industrie und Energie mithilfe von handelbaren Zertifikaten reguliert. Im Vorfeld hat die Stiftung Umweltenergierecht die rechtlichen Voraussetzungen für die geplanten Änderungen untersucht.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage die Reform beschlossen werden kann und ob dafür eine qualifizierte Mehrheit oder die Zustimmung aller Mitgliedstaaten erforderlich ist. Wegen der unterschiedlichen Interessen der EU-Mitglieder gestaltet sich die Reform schwierig, falls Einstimmigkeit erforderlich wäre.

Laut der Stiftung entscheidet die Wahl der Rechtsgrundlage darüber, welches Gesetzgebungsverfahren in der Europäischen Union angewendet wird. Die bisherige Emissionshandelsrichtlinie sowie ihre späteren Änderungen wurden auf Basis der Umweltkompetenz der Europäischen Union nach Art. 191 in Verbindung mit Art. 192 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verabschiedet.

Wechsel der Rechtsgrundlage möglich

Dadurch konnten Europäisches Parlament und Rat die Regelungen im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Die Studie von Dr. Jana Nysten und Dr. Markus Ehrmann untersucht, unter welchen Voraussetzungen künftig ein Wechsel der Rechtsgrundlage notwendig wäre.

Nach Angaben der Autoren kommt dafür insbesondere Art. 192 Abs. 2 AEUV in Betracht. Dieser sieht unter anderem besondere Anforderungen für Vorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter oder für Maßnahmen vor, die erhebliche Auswirkungen auf die Energiesouveränität der Mitgliedstaaten haben.

Wie Dr. Jana Nysten erläutert, könnte eine Reform dann als überwiegend steuerlich eingestuft werden, wenn sie in erster Linie der Erzielung von Einnahmen für den Haushalt der Europäischen Union dient. Ein weiteres Kriterium sei, ob Unternehmen für ihre Zahlungen weiterhin Emissionsberechtigungen als Gegenleistung erhalten. Auch könne es eine Rolle spielen, ob sich der Preis der Emissionsberechtigungen weiterhin durch Angebot und Nachfrage am Markt bildet.

Unterschiedliche Interessen der Mitgliedstaaten

Darüber hinaus könnte nach den Ergebnissen der Studie ein Wechsel der Rechtsgrundlage erforderlich sein, wenn Ziel und Inhalt einer Reform die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen unterschiedlichen Energiequellen oder die Struktur ihrer Energieversorgung einschränken. Mittelbare Auswirkungen auf die Energieversorgung reichen nach Einschätzung der Autoren dafür jedoch nicht aus.

Dr. Markus Ehrmann, Forschungsgebietsleiter der Stiftung Umweltenergierecht, erklärt: „Die Untersuchung liefere eine rechtliche Einordnung für die anstehende Reform des EU-Emissionshandels.“ Sie zeige, unter welchen Voraussetzungen Änderungen weiterhin mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden könnten und wann stattdessen das besondere Gesetzgebungsverfahren mit Einstimmigkeit im Rat erforderlich wäre. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

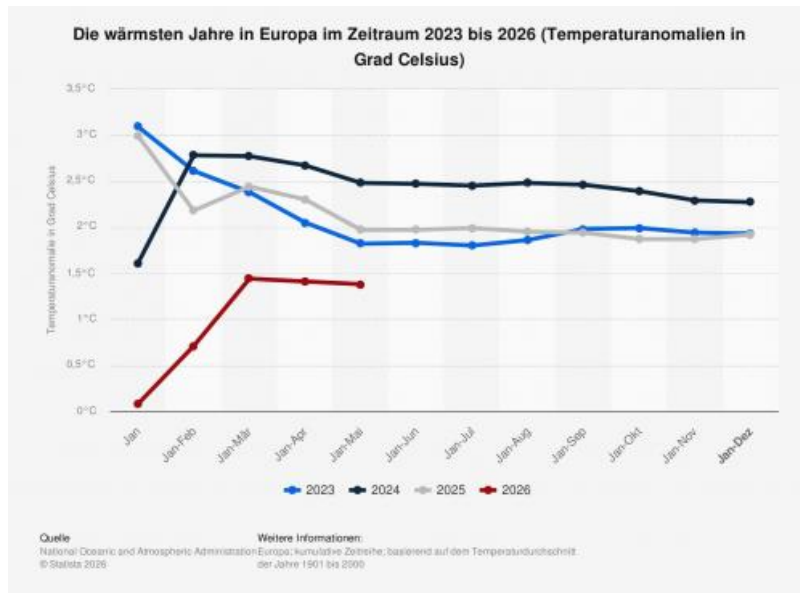
[^ Zum Inhalt](#)

Die wärmsten Jahre in Europa bis 2026



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



[Zur Vollansicht auf die Grafik klicken](#)

Quelle: Statista

Im Jahr 2025 waren die Monate Januar, März und April die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnung gemessen an der Abweichung der durchschnittlichen Temperatur. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Hansewerk

SH Netz meldet Höchststand bei Anschlussanfragen

STROMNETZ. SH Netz verzeichnet Anschlussanträge über fast 60.000 MW. Vor allem Batteriespeicher sorgen für einen starken Anstieg und beschleunigen den Ausbaubedarf im Verteilnetz.

Der Verteilnetzbetreiber SH Netz sieht sich mit einer bislang beispiellosen Nachfrage nach Netzanschlüssen für Erneuerbare-Energien-Anlagen und Batteriespeicher konfrontiert. Nach Angaben des Unternehmens, das zur Hansewerk-Gruppe mit Sitz im schleswig-holsteinischen Quickborn gehört, summieren sich die derzeit vorliegenden Anschlussanträge auf knapp 60.000 MW. Damit übersteige die angefragte Leistung das Vierfache der gesamten Leistung, die das Unternehmen in den vergangenen rund 40 Jahren an Erneuerbare-Energien-Anlagen und Speichern an sein Netz angeschlossen hat.

Von den beantragten Leistungen entfallen den Angaben zufolge rund 27.000 MW auf Batteriespeicher, 21.000 MW auf Photovoltaikanlagen und 11.500 MW auf Windenergie. Zum Vergleich: Im Netzgebiet von SH Netz sind bislang rund 14.500 MW aus Windkraft-, Photovoltaik- und Speicheranlagen angeschlossen. Die Jahreshöchstlast im Netz liegt bei rund 2.000 MW.

Mit dem starken Anstieg der Anschlussbegehren steht SH Netz nicht allein. Bei der Vorstellung eines Zwischenstands des sogenannten AgNes-Prozesses zur Reform der Netzentgelt-Systematik im Mai 2026 lagen nach Angaben der Bundesnetzagentur bei 17 Verteilnetzbetreibern bereits Netzanschlussanfragen für Batteriespeicher in einer Größenordnung von 569.000 MW vor. Die Netzanschlusszusagen summierten sich auf 78.000 MW. Allerdings wies die Behörde zugleich darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Anfragen voraussichtlich nicht realisiert werde, weil Mehrfachanträge und spekulative Projekte enthalten seien.

Die vier Übertragungsnetzbetreiber hatten zudem Anschlusszusagen für Großbatteriespeicher mit einer Gesamtleistung von rund 51.000 MW gegeben. Das Volumen der Anträge belief sich auf 160.000 MW.

Investitionen von mehreren Milliarden Euro bis 2030

Auf die steigende Nachfrage reagiert SH Netz mit einem zusätzlichen Investitions- und Maßnahmenpaket. Bis 2030 wollen Hansewerk und SH Netz rund 2,5 Milliarden Euro in die Stromnetze investieren. Dies entspreche in etwa der Summe, die in den zehn Jahren zuvor in die Netze geflossen sei. Vorgesehen sind

unter anderem 120 neue Umspannwerke, 1.000 Kilometer Hochspannungsleitungen, 9.000 Kilometer Mittel- und Niederspannungskabel sowie rund 7.000 weitere Ortsnetzstationen.

Zudem setzt das Unternehmen nach eigenen Angaben verstärkt auf flexible Netzanschlussverträge (Flexible Connection Agreements, FCA). Diese sollen einen früheren Netzanschluss ermöglichen, auch wenn die volle Netzkapazität zunächst noch nicht verfügbar ist. Ergänzend will SH Netz die Digitalisierung des Netzes vorantreiben. Dazu gehören ein erweitertes Auslastungsmonitoring im 110-kV-Netz, ein Freileitungs- und Kabelmonitoring sowie der weitere Ausbau digitaler Ortsnetzstationen und intelligenter Messsysteme.

Trotz dieser Maßnahmen rechnet das Unternehmen regional mit Engpässen. Als Ursachen nennt SH Netz neben der hohen Zahl der Anschlussanträge unter anderem Materialengpässe, Fachkräftemangel sowie weiterhin zeitaufwendige Planungs- und Genehmigungsverfahren. Kleinere Anschlussvorhaben wie Photovoltaik-Dachanlagen, Wärmepumpen, Wallboxen oder Standard-Hausanschlüsse für Privatkunden seien davon in der Regel nicht betroffen.

Schleswig-Holstein zählt bereits heute zu den Bundesländern mit dem höchsten Anteil erneuerbarer Energien. Nach Angaben von SH Netz deckt das Land rund 75 Prozent seines Jahresstrombedarfs aus erneuerbaren Quellen und erzeugt bilanziell mehr als doppelt so viel Grünstrom, wie es selbst verbraucht. Dies sei auf die mehr als 120.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen mit einer Leistung von rund 14.000 MW am Netz zurückzuführen. Zusätzlich seien in den letzten Jahren rund 50.000 Batteriespeicher mit insgesamt 500 MW ans Stromnetz angeschlossen worden.

Diese Mengen seien vor allem deshalb zu bewältigen gewesen, weil das Unternehmen seine Mitarbeiterzahl in den letzten acht Jahren um mehr 60 Prozent auf 800 erhöht und die jährlichen Ausgaben für Netzausbau und Instandhaltung von 200 Millionen auf 400 Millionen Euro verdoppelt habe. (fw)

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Elektroautos führen erstmals Neuzulassungen an



Quelle: Shutterstock / lumen-digital

MOBILITÄT. Das Bundesumweltministerium sieht derzeit keinen Anpassungsbedarf bei der E-Auto-Förderung. Weniger als 15 Prozent der Anträge entfielen auf Fahrzeuge chinesischer Hersteller.

Im Juni 2026 wurden laut Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) 84.057 reine E-Autos (BEV) zugelassen, was einem Marktanteil von 28,4 Prozent entspricht. Erstmals waren E-Autos damit die stärkste Antriebsart vor klassischen Verbrennern und Hybriden. Das Bundesumweltministerium (BMUKN) will die Entwicklung der E-Auto-Förderung weiter beobachten und schließt Anpassungen nicht aus. Auf eine Nachfrage in der Regierungspressekonferenz am 10. Juli sieht es vorerst keine Notwendigkeit, die Förderung auf Pkw zu begrenzen, die in Deutschland oder der EU produziert werden.

Nach Angaben des BMUKN gibt es derzeit keinen Hinweis darauf, dass die Förderung überwiegend Herstellern aus China zugutekommt. Auf Basis der bislang eingegangenen Förderanträge entfielen weniger als 15 Prozent auf Fahrzeuge chinesischer Marken. Das Ministerium betont, dass diese Auswertung auf den bisher vorliegenden Anträgen und den steigenden Bewilligungszahlen beruht.

Markthochlauf funktioniert

Das Förderprogramm richtet sich an private Haushalte in Deutschland und unterstützt den Kauf oder das Leasing neuer Elektroautos. Es gilt rückwirkend seit dem 1. Januar 2026. Förderanträge können seit dem 19. Mai digital eingereicht werden. Laut BMUKN sind inzwischen mehr als 80.000 Anträge eingegangen.

Nach Einschätzung des Ministeriums zeigt das Programm bereits Wirkung. Die Nachfrage nach Elektroautos sei gestiegen und das Förderinstrument stärke den Klima- und Umweltschutz im Verkehrssektor. Zudem erleichtere es privaten Haushalten den Umstieg auf Elektromobilität und setze Impulse für die deutsche und europäische Automobilwirtschaft.

Eine Bindung der Förderung an den Produktionsstandort ist derzeit jedoch nicht vorgesehen. Das BMUKN verweist darauf, dass Antragsteller und Zuwendungsempfänger private Haushalte und nicht Fahrzeughersteller sind. Deshalb gebe es keine Vorgaben, für welche Marke sich Förderberechtigte entscheiden. Sollte sich die Entwicklung anders darstellen als bislang erkennbar, sei das Ministerium bereit, nachzusteuern, so ein Sprecher.

E-Autos führen erstmals Neuzulassungen an

Die aktuellen Zulassungszahlen sprechen für eine anziehende Nachfrage nach Elektroautos. Nach Angaben des KBA wurden im Juni 2026 bundesweit 36.894 BEV mehr zugelassen als im Vorjahresmonat (plus 78 Prozent). Der Anteil der reinen Elektroautos an allen Neuzulassungen lag bei 28,4 Prozent. Plug-in-Hybride hatten 39 Prozent Marktanteil. Rund 20 Prozent der neu zugelassenen Pkw fahren mit Benzinantrieb, 11,4 Prozent mit Diesel und 0,7 Prozent Flüssiggas, so das KBA.

Besonders gefragt waren im abgelaufenen Monat die Elektrowagen von Tesla und BYD. Bei Tesla lag der Zuwachs den weiteren Angaben zufolge bei 318 Prozent auf 7.768 Autos, BYD kam mit einem Plus von 274 Prozent auf 6.259 Fahrzeuge. Bei den deutschen Marken erreichte Smart im Juni mit Plus von 176 Prozent das größte Zulassungsplus. Mini legte um knapp 60 Prozent zu.

Aber auch BMW und Audi erzielten mit 18,6 und 17,1 Prozent zweistellige Zuwachsraten, während Mercedes und VW auf ein Plus von 5,9 Prozent kamen. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2026 rund 1,48 Millionen Pkw neu zugelassen und damit 5,8 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Rechtliche Herkunftsbeschränkung schwierig

Rechtliche Grenzen für eine Fördereinschränkung setzt nach Angaben des BMUKN das europäische Beihilfe- und Binnenmarktrecht. Regelungen, die Fahrzeuge aus europäischer Produktion bevorzugen, seien auf Grundlage der geltenden EU-Vorschriften derzeit nicht ohne Weiteres zulässig.

Allerdings würden entsprechende Änderungen auf europäischer Ebene im Rahmen des geplanten Industrial Accelerator Act diskutiert. Das Ministerium unterstütze neue Möglichkeiten, europäische Produkte gezielter fördern zu können, und bringe sich in die Erarbeitung der deutschen Position ein, versicherte ein Sprecher. (sh) // **VON SUSANNE HARMSEN**

[^ Zum Inhalt](#)

Solarzubau steigt durch Sondereffekte



Quelle: Jonas Rosenberger

PHOTOVOLTAIK. In Deutschland ist im ersten Halbjahr 2026 mehr PV-Leistung installiert worden als ein Jahr zuvor. Laut dem Bundesverband Solarwirtschaft treiben Sondereffekte den Zubau.

Der Ausbau der Photovoltaik in Deutschland hat im ersten Halbjahr 2026 an Tempo gewonnen. Nach vorläufigen Daten der Bundesnetzagentur gingen zwischen Januar und Juni neue Solaranlagen mit einer Leistung von knapp 7.400 MW ans Netz. Das entspricht einem Plus von rund neun Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Darauf weist der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) hin.

Nach Einschätzung des Verbandes beruht der Anstieg jedoch vor allem auf Sondereffekten. Zum einen habe der Krieg zwischen Israel und dem Iran das Interesse vieler Haushalte an einer stärkeren Energieunabhängigkeit erhöht. Zum anderen hätten die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums, die Förderung neuer Photovoltaikanlagen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab 2027 weitgehend auslaufen zu lassen, zahlreiche Investitionen vorgezogen.

Der BSW-Solar rechnet zudem damit, dass die vorläufigen Zahlen noch steigen werden. Nachmeldungen an das Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur hätten in den vergangenen Jahren regelmäßig zu höheren Werten geführt. Der Verband hält deshalb einen Zubau von bis zu 8.300 MW im ersten Halbjahr für möglich.

Dynamik genügt nicht für Klimaziele

Nach Angaben des BSW-Solar sind inzwischen mehr als sechs Millionen Photovoltaikanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von über 125.000 MW in Deutschland in Betrieb. Gemeinsam mit rund 2,7 Millionen stationären Batteriespeichern deckten sie mittlerweile etwa ein Fünftel des deutschen Stromverbrauchs. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaikleistung nach den gesetzlichen Ausbauzielen auf 215.000 MW steigen.

Der Verband sieht das derzeitige Ausbautempo dennoch kritisch. Zwar bewege sich Deutschland aktuell noch auf dem gesetzlich vorgesehenen Ausbaupfad. Laut BSW-Solar reicht die Dynamik jedoch nicht aus, um die Ziele dauerhaft zu erreichen. Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig verweist darauf, dass der Strombedarf durch die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrzeugen, Wärmepumpen, Rechenzentren und Klimaanlagen weiter steigen werde. „Deshalb darf der Ausbau von Photovoltaikanlagen und Batteriespeichern nicht gebremst werden“, mahnte er.

Netzpaket als Bremse

Kritisch bewertet der Verband die geplanten Änderungen der Bundesregierung im Zuge der EEG-Reform und des sogenannten Netzpakets. Nach Einschätzung des BSW-Solar könnten insbesondere der Wegfall der EEG-Förderung für neue Anlagen, eine Direktvermarktungspflicht für kleinere Photovoltaikanlagen sowie der geplante Wegfall von Entschädigungen bei netzbedingten Einspeisebeschränkungen Investitionen erschweren und den Ausbau verlangsamen.

Davon könnten laut Verband auch Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette betroffen sein. Körnig fordert deshalb verlässliche politische Rahmenbedingungen. Ein stärkerer Ausbau von Photovoltaik und Batteriespeichern sei aus klima-, energie- und wirtschaftspolitischer Sicht erforderlich. Planungssicherheit sei wichtiger als kurzfristige Änderungen der Förderbedingungen.

PV liefert über 30 Prozent der Stromerzeugung

Unterdessen zeigt sich auch die wachsende Bedeutung der Solarenergie für die Stromversorgung. Nach einer Analyse der Energie-Denkfabrik Ember lag der Anteil der Solarenergie an der deutschen Stromerzeugung im Mai bei 33 Prozent und im Juni bei 36 Prozent. EU-weit erreichte Solarstrom im Juni einen Anteil von 25 Prozent und war damit erstmals in diesem Jahr die größte einzelne Stromquelle vor Kernenergie und Erdgas.

Laut Ember trugen der starke Ausbau der vergangenen Jahre sowie die hohe Stromnachfrage infolge der Hitzewellen zu dieser Entwicklung bei. Solarenergie habe dazu beigetragen, die Stromversorgung auch unter schwierigen Wetterbedingungen mit wenig Wind sicherzustellen. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

EEG-Konto: Bundeszuschuss sinkt im Juni deutlich



Quelle: Shutterstock / elxeneize

REGENERATIVE. Der Bund musste im Juni deutlich weniger Geld in das EEG-Konto einzahlen. Das Guthaben stieg trotz weiterer negativer Strompreise wieder an.

Der Bundeszuschuss zum EEG-Konto ist im Juni deutlich gesunken. Nach 3,17 Milliarden Euro im Mai flossen im Juni 1,81 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt auf das Konto der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB). Aus deren Transparenzveröffentlichung geht hervor, dass der Kontostand zum Monatsende von 935 Millionen Euro auf 1,11 Milliarden Euro anstieg. Insgesamt hat der Bund in diesem Jahr bis Ende Juni 7,55 Milliarden Euro zugeschossen.

Das EEG-Konto wird treuhänderisch von den Übertragungsnetzbetreiber geführt. Darüber werden die Bundeszuschüsse, die Vermarktungserlöse für geförderten Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Förderauszahlungen verrechnet. Die Vermarktungserlöse aus dem Stromverkauf an der Strombörse stiegen im Juni auf 422 Millionen Euro und lagen damit mehr als doppelt so hoch wie im Mai mit 203 Millionen Euro. Gleichzeitig erhöhten sich die Förderauszahlungen leicht von 1,99 Milliarden Euro auf 2,05 Milliarden Euro.

Auch im Juni kam es wieder zu negativen Börsenstrompreisen, allerdings deutlich seltener und weniger stark als im Vormonat. Der Spotmarktpreis fiel an 199 Viertelstunden unter null, nachdem im Mai noch 315 Viertelstunden mit negativen Preisen gezahlt worden waren. Der niedrigste Wert lag bei minus 52,99 Euro/MWh. Im Mai war der Börsenpreis zeitweise bis auf minus 499,99 Euro/MWh gefallen.

20 Prozent Kostendeckungsgrad

Trotz der weiterhin negativen Preise entwickelte sich das EEG-Konto im Juni deutlich günstiger als im Mai. Die höheren Vermarktungserlöse und der geringere Bundeszuschuss führten dazu, dass das Guthaben auf dem Konto wieder anwuchs. Vergleicht man die Markterlöse von 422 Millionen Euro mit den Förderauszahlungen von 2,05 Milliarden Euro, ergibt sich ein Kostendeckungsgrad von gut 20 Prozent. Im Mai hatte dieser Wert noch bei rund 10 Prozent gelegen.

Die EEG-Kontoabrechnungen werden von den Übertragungsnetzbetreibern monatlich auf ihrer Transparenzplattform veröffentlicht. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Drohnenaufnahme des Lagarde-Campus. Quelle: Stadtwerke Bamberg

Fraunhofer zeigt integriertes Wärmekonzept für Quartiere

GEBÄUDETECHNIK. Zwei Fraunhofer-Institute entwickeln in Bamberg ein integriertes Wärmekonzept für urbane Quartiere. Der Lagarde Campus bekommt ein Versorgungskonzept aus verschiedenen Technologien.

Das Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IBP) mit Hauptsitz in Stuttgart erforscht Lösungen für energieeffiziente Gebäude und Quartiere. Gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) aus Kassel entwickelt es auf dem Lagarde Campus in Bamberg ein sektorenübergreifendes Energieversorgungssystem. Beide Institute gehören der Fraunhofer-Allianz Energie an und arbeiten als Projektpartner an dem Quartier.

Laut Fraunhofer entsteht auf der ehemaligen Konversionsfläche einer Kaserne im Teilquartier Lagarde-West ein Versorgungskonzept, das verschiedene Technologien miteinander verbindet. Kern des Systems sind ein kaltes Wärmenetz, dezentrale Wärmepumpen sowie erneuerbare Wärmequellen. Abwasserwärme und oberflächennahe Geothermie bilden die Grundlage der Wärmeversorgung. Für Bestandsgebäude ergänzt ein Nahwärmenetz das Konzept.

Strom und Wärme gekoppelt

Darüber hinaus koppelt das Projekt den Strom- und Wärmesektor. Photovoltaikanlagen sowie zwei Blockheizkraftwerke sollen einen flexiblen Betrieb ermöglichen. Digitale Energiemanagementsysteme und KI-gestützte Prognosen übernehmen die vorausschauende Steuerung der Anlagen. Nach Angaben der Fraunhofer-Institute lassen sich dadurch Betriebskosten und CO₂-Emissionen reduzieren sowie die Versorgungssicherheit erhöhen.

Jan Kaiser vom Fraunhofer IBP bezeichnet den Lagarde Campus als Beispiel dafür, wie sich eine integrierte Energieversorgung auf Quartiersebene technisch und wirtschaftlich umsetzen lasse. „Entscheidend ist das Zusammenspiel erneuerbarer Wärmequellen, intelligenter Netze und einer digitalen Betriebsführung“, erläutert er. Dadurch könnten CO₂-Emissionen sinken und gleichzeitig die Flexibilität des Gesamtsystems steigen.

Beispiel für andere Quartiere

Nach Einschätzung der Fraunhofer-Allianz Energie reicht die Bedeutung solcher Projekte über einzelne Quartiere hinaus. Die Wärmewende sei ein zentraler Baustein, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Prof. Peter Bretschneider, stellvertretender Sprecher der Fraunhofer-Allianz Energie, erklärt: „Die Transformation der Wärmeversorgung kann nur durch das koordinierte Zusammenspiel von Technologien, Infrastrukturen und den beteiligten Akteuren wirtschaftlich gelingen.“

Die Forschungsarbeiten und weitere Praxisbeispiele stehen auch im Mittelpunkt des Branchentags „Wärmewende – intelligent, integriert und zukunftssicher“, den die Fraunhofer-Allianz Energie am 1. Dezember 2026 in Stuttgart veranstaltet.

Auf dem Programm stehen laut den Veranstaltern unter anderem digitale Werkzeuge für die Planung und den Betrieb sektorgekoppelter Wärmenetze, der Einsatz von Großwärmepumpen sowie die Nutzung industrieller Abwärme für die Fernwärmeversorgung. Zudem sollen strategische Ansätze für die kommunale Wärmeplanung vorgestellt und mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutiert werden.

Ergänzend verweist die Allianz auf ihre **Plattform „Fraunhofer Match“**. Das kostenfreie Angebot soll Unternehmen, Kommunen und Energieversorgern dabei unterstützen, passende Forschungspartner innerhalb der Fraunhofer-Gesellschaft zu finden und gemeinsame Innovationsprojekte anzustoßen. Nach Angaben der Fraunhofer-Allianz Energie soll der Lagarde Campus zeigen, wie sich integrierte Quartierslösungen unter realen Bedingungen umsetzen lassen und welche Ansätze sich auf weitere kommunale Wärmeprojekte übertragen lassen. (sh) // **VON SUSANNE HARMSEN**

[^ Zum Inhalt](#)

Ostbayernring vollständig am Netz



Tim Meyerjürgens und Bayerns Heimatstaatssekretär Martin Schöffel (CSU) bei der Inbetriebnahme. Quelle: Tennet

STROMNETZ. Tennet hat die beiden mittleren Abschnitte des Ostbayernrings in Betrieb genommen. Die 380-kV-Leitung zwischen Redwitz und Schwandorf ist jetzt auf der gesamten Länge am Netz.

Der Übertragungsnetzbetreiber Tennet hat den rund 185 Kilometer langen Ostbayernring in Betrieb genommen. Die 380-kV-Leitung verbindet die Umspannwerke Redwitz, Mechlenreuth, Etzenricht und Schwandorf. Über diese Netzknoten ist das Höchstspannungsnetz mit den regionalen Verteilnetzen verbunden. Dadurch kann Strom aus Wind- und Solaranlagen aufgenommen, transportiert und verteilt werden.

„Mit dem Ostbayernring erhöhen wir die Versorgungssicherheit, schaffen Kapazitäten für die weitere Integration erneuerbarer Energien und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“, wird Tim Meyerjürgens, CEO von Tennet Deutschland, in einer Mitteilung anlässlich der Inbetriebnahme am 14. August zitiert.

Bayerns Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel bezeichnete bei dem Termin Stromnetze als „Blutkreislauf“ der Wirtschaft. „Gerade in Zeiten von KI, Hightech und E-Mobilität ist der Ausbau unserer Netze wichtiger denn je.“

Der Ostbayernring wurde in vier Bauabschnitten errichtet. Der erste Abschnitt zwischen Redwitz und Mechlenreuth ist seit Oktober 2022 in Betrieb. Der Abschnitt zwischen Schwandorf und Etzenricht folgte im

Sommer 2024. Mit der Inbetriebnahme der beiden mittleren Abschnitte ist die Leitung nun vollständig am Netz. Der Rückbau der bisherigen Leitung soll nach Angaben von Tennet bis Ende 2027 abgeschlossen werden. (mf) // VON MANFRED FISCHER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Ariadne sieht Wasserstoff in Industrieclustern



Quelle: Shutterstock / petrmalinak

WASSERSTOFF. Forschende des Projekts Ariadne befragten Netzbetreiber zum H₂-Hochlauf. Demnach entstehen Wasserstoff-Verteilnetze zunächst rund um Industriestandorte und Anschlüsse an das Kernnetz.

Während das Wasserstoffkernnetz schrittweise aufgebaut wird, dürfte sich die Entwicklung von Wasserstoff-Verteilnetzen regional sehr unterschiedlich vollziehen. Zu diesem Ergebnis kommt das Kopernikus-Projekt Ariadne, ein vom Bund gefördertes Forschungsprojekt zur Transformation des Energiesystems. Laut einer Studie vom 14. Juli werden sich Wasserstoff-Verteilnetze zunächst vor allem in Clustern mit industriellen Großverbrauchern und einem Anschluss an das Wasserstoffkernnetz entwickeln.

Grundlage der Untersuchung ist eine Befragung von Gasverteilnetzbetreibern, die das Forschungsteam im Sommer 2024 durchgeführt hat. Von 727 angeschriebenen Unternehmen beteiligten sich 121 vollständig an der Erhebung. Nach Angaben der Autoren handelt es sich um die erste unabhängige wissenschaftliche Vollerhebung zu den Strategien deutscher Gasverteilnetzbetreiber beim Wasserstoffhochlauf.

Die Studie zeigt, dass die Unternehmen Investitionen in Wasserstoffnetze derzeit vor allem dort vorbereiten, wo sich eine verlässliche Nachfrage abzeichnet. Besonders Verteilnetzbetreiber in Ballungsräumen mit energieintensiver Industrie und einer Perspektive auf einen Anschluss an das Wasserstoffkernnetz beschäftigen sich demnach mit konkreten Planungen. In Regionen ohne industrielle Ankerkunden oder ohne absehbare Anbindung an das Kernnetz sei die Bereitschaft zu Investitionen dagegen deutlich geringer.

Nach Einschätzung der Forschenden ist diese Zurückhaltung kein Zeichen fehlender Ambitionen. Vielmehr reagierten die Unternehmen auf die derzeit bestehenden Unsicherheiten. Dazu zählten offene Fragen zur Regulierung, fehlende Finanzierungsmodelle und unklare Perspektiven für die künftige Wasserstoffnachfrage.

Kleinere Unternehmen im Nachteil

Die Analyse macht zudem Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Verteilnetzbetreibern deutlich. Mithilfe einer Clusteranalyse unterscheiden die Autoren zwischen kleinen lokalen Netzbetreibern, regional-ländlichen Unternehmen und urbanen Verteilnetzbetreibern. Vor allem Betreiber großer Stadtnetze seien eng in die Planungen der Bundesnetzagentur und der Fernleitungsnetzbetreiber eingebunden. Kleinere Unternehmen müssten dagegen häufiger auf informelle Netzwerke zurückgreifen, um Informationen zum Wasserstoffhochlauf zu erhalten.

Nach Angaben der Autoren erschwert diese ungleiche Einbindung die Vorbereitung von Investitionen. Über alle untersuchten Gruppen hinweg bestehe ein hoher Bedarf an Informationen zu regulatorischen Vorgaben, technischen Anforderungen und Finanzierungsmöglichkeiten. Ohne verlässliche Rahmenbedingungen würden viele Unternehmen Investitionsentscheidungen aufschieben.

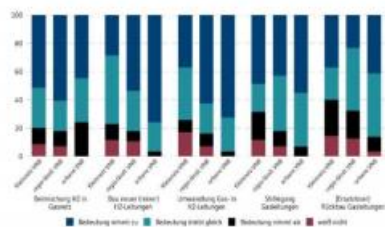


Abbildung 2: Einschätzung der Bedeutungsentwicklung einzelner Aspekte beim Aufbau der Wasserstoffverteilinfrastruktur in den nächsten drei bis fünf Jahren nach Cluster (in %). (Wie schätzen Sie die Entwicklung der folgenden Aspekte für Ihr Verteilnetz in nächster Zukunft ein (in den nächsten drei bis fünf Jahren)?
Quelle: Eigene Darstellung

Einschätzung der H₂-Nutzung im Netz einzelner Verteilnetzbetreiber in naher Zukunft
(Für Vollbild auf die Grafik klicken)
Quelle: Ariadne

Hilfe der Politik gefordert

Die Forschenden leiten daraus mehrere Handlungsempfehlungen für Politik und Regulierung ab. Der Staat solle den Ausbau der Verteilnetze nicht unmittelbar steuern, sondern vor allem die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehörten ein besserer Informationsfluss zwischen den beteiligten Akteuren, mehr Planungs- und Finanzierungssicherheit sowie eine frühzeitige Einbindung aller Verteilnetzbetreiber in übergeordnete Planungsprozesse.

Der Aufbau einer Wasserstoff-Verteilinfrastruktur gewinnt nach Einschätzung der Autoren an Bedeutung, weil das Wasserstoffkernnetz allein die Versorgung künftiger Verbraucher nicht sicherstellen könne. Zwar genehmigte die Bundesnetzagentur im Oktober 2024 ein rund 9.040 Kilometer langes Wasserstoffkernnetz, dessen erste Abschnitte bereits in Betrieb sind. Eine öffentlich zugängliche Wasserstoff-Verteilinfrastruktur existiert bislang jedoch nicht. Sie wird nach Einschätzung der Ariadne-Forschenden vor allem dort entstehen, wo Industrieunternehmen als erste Abnehmer auftreten und eine Anbindung an das Kernnetz wirtschaftlich möglich ist. (sh)

Die [Ariadne-Analyse zum Wasserstoffverteilnetz](#) steht als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



CO₂-Direkt-Abscheidung von Ucanéo in Berlin. Quelle: Leonhard Kupsch

Ucanéo eröffnet Direct Air Capture für CO₂ in Berlin

KLIMASCHUTZ. Das Berliner Unternehmen Ucanéo hat in Berlin eine Direct-Air-Capture-Anlage eröffnet. Sie entnimmt CO₂ aus der Luft für industrielle Anwendungen und dauerhafte Speicherung.

Das Unternehmen Ucanéo hat in Berlin-Marzahn Anfang Juli Deutschlands größte Direct-Air-Capture-Anlage (DAC) in Betrieb genommen. Die Anlage kann jährlich 150 Tonnen CO₂ direkt aus der Umgebungsluft abscheiden und zählt laut dem Unternehmen zu den größten elektrochemischen DAC-Anlagen weltweit. Das abgeschiedene CO₂ soll sowohl dauerhaft geologisch gespeichert als auch als Rohstoff für industrielle Anwendungen genutzt werden.

Ucanéo mit Sitz in Berlin entwickelt Technologien zur CO₂-Abscheidung aus der Atmosphäre. Nach Angaben des Unternehmens markiert die neue Anlage den Übergang vom Pilotbetrieb zur industriellen Umsetzung. Eine weitere Anlage mit rund zehnfacher Kapazität befindet sich bereits in Planung. Der Baustart ist für 2027 vorgesehen.

Nach Unternehmensangaben arbeitet die Anlage vollständig elektrisch und verzichtet auf die bei vielen Direct-Air-Capture-Verfahren übliche thermische Regeneration. Dadurch lässt sich der Prozess direkt mit erneuerbaren Energien koppeln und flexibel an das Stromangebot anpassen. Das Unternehmen gibt die Reinheit des gewonnenen CO₂ mit mehr als 99,9 Prozent an.

Partner Siemens für den Hochlauf

Siemens unterstützt das Start-up dabei, die elektrochemische DAC-Technologie vom industriellen Pilotmaßstab auf den kommerziellen Maßstab zu skalieren. Das Siemens Xcelerator-Portfolio diene dabei als bevorzugter Automatisierungs- und Digitalisierungspartner. Damit sollen beide Unternehmen eine standardisierte und global reproduzierbare Automatisierungsplattform schaffen, die eine schnelle Bereitstellung durch Ucanéo und seine lizenzierten Betreiber weltweit ermöglicht.

Bis 2035 strebt Ucanéo an, jährlich 500 Millionen Tonnen CO₂ aus der Atmosphäre zu binden, was in etwa der Eliminierung der gesamten jährlichen CO₂-Emissionen Kanadas entspricht. Ucanéo hat einen patentierten elektrochemischen DAC-Prozess entwickelt, der von der menschlichen Lunge inspiriert ist und

CO₂ direkt aus der Umgebungsluft entfernt. Statt energieintensiver Hitze nutzt die biomimetische Technologie ein enzymatisches Lösungsmittel und elektrischen Strom.

CO₂ wird zum Rohstoff

Das abgeschiedene CO₂ soll laut Unternehmen sowohl für die dauerhafte geologische Speicherung als auch für industrielle Anwendungen eingesetzt werden. Dazu zählen nachhaltige Flugkraftstoffe (Sustainable Aviation Fuel, SAF), e-Methanol, Chemikalien, Materialien sowie biobasierte Produktionsprozesse.

Ein Teil des CO₂ soll dauerhaft geologisch gespeichert werden. Ucanéo zufolge handelt es sich um das erste verifizierte Projekt in Deutschland, das Direct Air Capture mit geologischer Speicherung verbindet. Das Unternehmen bezeichnet sich zudem als erstes Unternehmen in Deutschland und als fünftes weltweit, das atmosphärisches CO₂ aus einer DAC-Anlage dauerhaft speichert.

Ausstellungsort eröffnet

Mitgründer und Geschäftsführer Florian Tiller erklärte, die Herausforderung bestehe nicht darin, Kohlenstoff vollständig zu ersetzen, sondern dessen Herkunft neu zu definieren. „Mit der Anlage zeigen wir, dass industrielle CO₂-Entnahme bereits heute möglich ist“, so Tiller. Ziel sei der Aufbau einer Infrastruktur für eine künftige Kohlenstoffwirtschaft.

Mitgründerin und Technikchefin Carla Glassl erklärte: „Der modulare Aufbau der Anlage ermögliche eine schrittweise Skalierung der Technologie.“ Parallel zur Industrieanlage eröffnete Ucanéo den sogenannten „CO₂ Store of the Future“. Nach Angaben des Unternehmens soll der Ausstellungs- und Erlebnisort die Möglichkeiten der Nutzung und -Speicherung veranschaulichen. Das Angebot richtet sich an Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie an die Öffentlichkeit.



Das Team der Direct-Air-Capture-Anlage in Berlin
Quelle: Carl Bahra

Zur Eröffnung kamen laut Ucanéo rund 200 Gäste aus Politik, Industrie und der Klima-Innovationsszene nach Berlin-Marzahn. Reden hielten unter anderem Elisabeth Kaiser, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Nadja Zivkovic, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, sowie Andreas Kraus, Staatssekretär für Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin. Vertreter aus Unternehmen und Organisationen diskutierten anschließend über die Rolle der CO₂-Entnahme und den Aufbau einer Kohlenstoffwirtschaft. (sh) // **VON SUSANNE HARMSEN**

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

☎ 08152 93 11 88 🌐 www.energiejobs.online

Siemens Energy wird zu Omterra



Siemens Energy und Siemens Gamesa Renewable Energy sollen unter dem Namen Omterra zusammengefasst werden. Quelle: Siemens Energy

UMFIRMIERUNG. Siemens Energy will noch 2026 den Wechsel zur Marke Omterra einleiten. Unter dem neuen Namen sollen auch die Geschäfte von Siemens Gamesa gebündelt werden.

Der Energietechnikkonzern Siemens Energy bereitet den Abschied von seinem bisherigen Namen vor. Das in München ansässige Unternehmen, das unter anderem Technik für Stromnetze, Kraftwerke und Windenergieanlagen anbietet, will noch in diesem Kalenderjahr mit der Einführung der Marke Omterra beginnen.

Unter dem neuen Markendach sollen Siemens Energy und Siemens Gamesa Renewable Energy zusammengeführt werden. An der strategischen Ausrichtung soll sich durch den Namenswechsel nach Angaben des Konzerns nichts ändern. Nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur (dpa) soll die schrittweise Umstellung rund eineinhalb Jahre dauern.

Hintergrund des Markenwechsels ist die Abspaltung des Energietechnikgeschäfts von Siemens im Jahr 2020. Seitdem nutzt Siemens Energy den Namen des früheren Mutterkonzerns auf Grundlage eines zeitlich befristeten Lizenzvertrags. Der neue Name Omterra ist laut Siemens Energy als eigenständige und international nutzbare Marke angelegt.

Vorstandsvorsitzender Christian Bruch begründet den Zeitpunkt mit der wirtschaftlichen und operativen Entwicklung des Unternehmens. Siemens Energy habe das Vertrauen von Kunden und Kapitalmarkt gewonnen, die Profitabilität verbessert und Wachstumspläne für die kommenden Jahre aufgestellt. Deshalb sei nun der richtige Zeitpunkt, den Übergang zu einer eigenen Marke einzuleiten.

Lizenz kostet rund 300 Millionen Euro

Nach Informationen der dpa darf Siemens Energy den geschützten Namen Siemens auf Grundlage der bei der Abspaltung geschlossenen Vereinbarung zehn Jahre lang verwenden. Die Regelung läuft demnach bis 2030. Dafür zahlt der Konzern eine umsatzabhängige Lizenzgebühr. Im vergangenen Geschäftsjahr belief sie sich laut dpa auf rund 300 Millionen Euro.

Die Umbenennung fällt in eine Phase, in der sich die wirtschaftliche Lage des Konzerns verbessert hat. Nach der Abspaltung und dem Börsengang im Jahr 2020 belasteten vor allem Probleme bei der Windkrafttochter Siemens Gamesa die Bilanz. Nach eigenen Angaben hat Siemens Energy diese Schwierigkeiten inzwischen weitgehend unter Kontrolle.

Zugleich profitiert der Konzern von Investitionen in Stromnetze, Windenergie und Gaskraftwerke sowie von der steigenden Nachfrage nach Strominfrastruktur für KI-Rechenzentren. Für das laufende Geschäftsjahr erwartet Siemens Energy einen Gewinn von rund 4 Milliarden Euro.

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Windkraftpionier Sowitec meldet Insolvenz an



Quelle: Pixabay / Steve Buissinne

WIRTSCHAFT. Sowitec kämpft ums Überleben: 80 Jobs stehen auf dem Spiel, doch zunächst läuft der Betrieb weiter. Was bedeutet die Insolvenz für Wind- und Solarprojekte in 13 Ländern?

Die Sowitec Group GmbH aus Sonnenbühl, ein Entwickler von erneuerbaren Energien-Projekten in den Bereichen Wind und Solar, hat einen Insolvenzantrag gestellt. Wie die Geschäftsführung des Unternehmens im Kreis Reutlingen mitteilte, sind weitere Gesellschaften der Gruppe betroffen. Dazu gehören den Angaben zufolge die Sowitec International GmbH, die Sowitec Operation GmbH und die Sowitec Projekt GmbH.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass nach Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters die Geschäftstätigkeit der Gesellschaften der Gruppe zunächst fortgeführt wird. Der Sonnenbühler Windkraftpionier hat nach eigenen Angaben schon länger finanzielle Schwierigkeiten und musste Anleihen verlängern. Zuerst hatte der SWR berichtet.

Wie geht es weiter bei Sowitec?

Wie es weitergeht, ist laut Unternehmerangaben unklar. Die Löhne der rund 80 Beschäftigten seien über das Insolvenzgeld gesichert. Der Betrieb soll die nächsten Monate zunächst normal weiterlaufen. Sowitec wurde 1993 gegründet und ist laut Homepage in 13 Ländern tätig. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Messer steigt bei Lhyfe-Standorten ein



Messers neueste Generation von Wasserstofftrailern. Quelle: Messer SE & Co. KGaA

WASSERSTOFF. Der Industriegasehersteller Messer will sich an vier Wasserstoffstandorten von Lhyfe in Deutschland und Frankreich beteiligen. Beide Unternehmen planen Lieferungen für über zehn Jahre.

Der Industriegasehersteller Messer will 30 Prozent an einer Gesellschaft übernehmen, die vier Wasserstoffproduktionsstandorte von Lhyfe in Frankreich und Deutschland hält. Drei Anlagen liegen in Frankreich, eine in Deutschland. Wie die Unternehmen am 13. Juli mitteilten, soll Messer außerdem über zehn Jahre Wasserstoff aus diesen Standorten beziehen. Der Abschluss der Beteiligung steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kreditgeber und wird in den kommenden Monaten erwartet.

Lhyfe mit Sitz im französischen Nantes entwickelt und betreibt Anlagen zur Erzeugung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien. Messer mit Sitz in Bad Soden am Taunus (Hessen) produziert und vertreibt Industrie-, Medizin-, Elektronik- und Spezialgase. Nach Angaben der Partner verbindet die Vereinbarung damit eine langfristige Lieferbeziehung mit einer Minderheitsbeteiligung an den Produktionsanlagen.

Abnahme soll schrittweise steigen

Messer verpflichtet sich laut der gemeinsamen Mitteilung ab diesem Jahr zu einer Mindestabnahme. Diese soll schrittweise wachsen und „mehrere hundert Tonnen Wasserstoff pro Jahr“ erreichen. Darüber hinaus strebt der Gasehersteller an, rund die Hälfte der Produktion der drei französischen Standorte zu übernehmen. Für die deutsche Anlage nennt die Mitteilung kein vergleichbares zusätzliches Abnahmeziel.

Der Vertrag umfasst nach Angaben der Unternehmen auch Wasserstoff, der nach den EU-Kriterien für erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs (Renewable Fuels of Non-Biological Origin, RFNBO) zertifiziert ist. Messer will die Mengen in sein Lieferportfolio aufnehmen und an bestehende sowie neue Industriekunden vermarkten. Das Unternehmen bringt zudem seine Erfahrung bei Sicherheit, Betrieb, Logistik, Gasehandling und Vertrieb in die Standortgesellschaft ein.

Welche vier Standorte genau Teil der Transaktion sind, geht aus der gemeinsamen Mitteilung nicht hervor. Auch Angaben zur gesamten Produktionskapazität, zum Kaufpreis für die Beteiligung und zu den vereinbarten Wasserstoffpreisen machen Lhyfe und Messer nicht. Damit bleibt offen, welchen finanziellen Umfang der Liefervertrag und der Einstieg von Messer haben.

Lhyfe bleibt Betreiber der Anlagen

Trotz des Einstiegs von Messer soll Lhyfe die Mehrheit an der Standortgesellschaft behalten. Der Wasserstoffproduzent will die Gesellschaft weiterhin vollständig in seinen Konzernabschluss einbeziehen und alleiniger Betreiber der vier Anlagen bleiben. Betriebs- und Managementleistungen soll Lhyfe den jeweiligen Projektgesellschaften weiterhin in Rechnung stellen.

Für Lhyfe hat das Geschäft vor allem finanzielle Bedeutung. Die Mindestabnahme soll die Erlöse aus den vier Standorten besser planbar machen. Zugleich fließt dem Unternehmen durch den Verkauf des 30-Prozent-Anteils Kapital zu. Lhyfe bezeichnet die Transaktion als erste Kapitalrotation. Das Unternehmen veräußert damit erstmals einen Minderheitsanteil an seinen Anlagen, ohne die operative Kontrolle abzugeben. Nach eigenen Angaben will es die zusätzlichen Mittel auf fortgeschrittene und kommerziell abgesicherte Projekte konzentrieren.

Messer-Chef Peter Mohren begründet die Vereinbarung mit dem langfristigen Zugang zu grünem Wasserstoff. Die räumliche Verteilung der Standorte könne nach seiner Einschätzung Transportwege verkürzen. Lhyfe-Gründer Matthieu Guesne sieht in der Beteiligung vor allem eine Stärkung der Finanzierungsmöglichkeiten seines Unternehmens. Konkrete neue Projekte, die aus der Transaktion finanziert werden sollen, gaben die Partner nicht bekannt. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Teterow stützt Liquidität der Stadtwerke



Quelle: Jonas Rosenberger

STADTWERKE. Die Stadt Teterow verlängert eine Bürgschaft über 1,6 Millionen Euro für ihre Stadtwerke. Sie soll die Kreditlinie und damit die Energieversorgung sichern.

Die Berggringstadt Teterow in Mecklenburg-Vorpommern übernimmt weiter einen Großteil des Kreditrisikos der Stadtwerke Teterow GmbH. Der kommunale Energieversorger mit Sitz in Teterow, rund 50 Kilometer südöstlich von Rostock, gehört vollständig der Stadt und versorgt Haushalte, Gewerbe und Institutionen mit Strom, Erdgas und Fernwärme.

Wie die Stadtverwaltung mitteilte, gilt die Bürgschaft nun bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Sie beläuft sich auf 1,6 Millionen Euro und deckt damit 80 Prozent einer bestehenden Kreditlinie von insgesamt 2 Millionen Euro bei der in Rostock ansässigen Ostseesparkasse Rostock ab. Ohne die kommunale Absicherung hätte die Sparkasse die Kreditlinie nach Angaben der Stadt nicht verlängert. Die Zahlungsfähigkeit der Stadtwerke und der Fortbestand des Unternehmens wären dadurch erheblich gefährdet gewesen.

Bei der Bürgschaft handelt es sich, wie die Stadt klar stellt, nicht um eine sofortige Zahlung an die Stadtwerke. Die Stadt übernehme vielmehr das Risiko, im Fall eines Zahlungsausfalls bis zu 1,6 Millionen Euro an die Sparkasse leisten zu müssen. Die als „modifizierte Ausfallbürgschaft“ bezeichnete Sicherheit greift laut der Stadt erst, wenn die Stadtwerke ihren Verpflichtungen tatsächlich nicht mehr nachkommen können und andere Sicherheiten nicht ausreichen. Für die Absicherung zahlen die Stadtwerke eine nach Angaben der Verwaltung marktübliche Bürgschaftsprovision.

Mehrere Belastungen drücken die Liquidität

Den gestiegenen Finanzierungsbedarf führt die Stadtverwaltung zurück auf die Anforderungen der Energiewende und schwankende Energiebeschaffungspreise infolge des Kriegs in der Ukraine. Zusätzlich belasten mehrere konkrete finanzielle Ausfälle die Stadtwerke. Nach Angaben der Stadt konnten Forderungen im Zusammenhang mit der Insolvenz der benachbarten Stadtwerke Laage nicht mehr beglichen werden. Die Stadtwerke Teterow hielten 25 Prozent der Anteile an dem Unternehmen und führten dessen Geschäfte. Wie hoch der daraus entstandene Verlust ist, teilt die Verwaltung nicht mit.

Zusätzlich belastet nach Angaben der Stadt die defizitäre Glasfasersparte das Unternehmen. Kurzfristig mussten die Stadtwerke zudem rund 700.000 Euro für den Erwerb von CO₂-Zertifikaten nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) vorfinanzieren. Der Lieferant habe dafür unerwartet Vorkasse verlangt, heißt es in der Mitteilung der Stadtverwaltung.

Zukunftskonzept soll Finanzlage stabilisieren

Die Stadt versteht die verlängerte Bürgschaft als Übergangslösung, bis eingeleitete Sanierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen greifen. Gemeinsam mit der in Frankfurt am Main ansässigen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers (PwC) erarbeiten die Stadtwerke derzeit ein Zukunftskonzept. Eine Bestandsaufnahme sei abgeschlossen, als nächster Schritt folge die strategische Neuausrichtung.

Welche Maßnahmen das Konzept enthalten soll und wann die Stadtwerke wieder ohne kommunale Absicherung auskommen könnten, geht aus der Mitteilung nicht hervor. Die Stadt will die wirtschaftliche Stabilität des Versorgers so weit verbessern, dass die Bürgschaft perspektivisch entbehrlich wird.

Die untere Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises Rostock hat die Verlängerung genehmigt. Nach Angaben der Stadt bestätigte die Behörde damit, dass die Bürgschaft für die Erfüllung kommunaler Aufgaben erforderlich sei und die finanzielle Leistungsfähigkeit Teterows gewahrt bleibe. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

EWP startet Tiefenbohrung in Potsdam



v.l.: Brandenburgs Wirtschaftsministerin Martina Klement und die Geschäftsführer der EWP Monty Balisch und Carsten Schulte beim Bohrstart in Potsdam. Quelle: EWP / Florian Sorge

GEOTHERMIE. Die Energie und Wasser Potsdam (EWP) hat am Heizkraftwerk Süd mit Bohrungen für Tiefengeothermie begonnen. Das Projekt soll die Fernwärmeversorgung der Stadt künftig ergänzen.

Die Energie und Wasser Potsdam (EWP) hat die Bohrungen für das Tiefengeothermieprojekt am Heizkraftwerk Süd offiziell begonnen. Der kommunale Energieversorger der brandenburgischen Landeshauptstadt will mit der Erschließung der Erdwärme einen weiteren Baustein für die künftige Fernwärmeversorgung der Stadt schaffen. Die Bohrarbeiten laufen bereits seit Anfang Juli, nachdem die Bohranlage Ende Juni auf dem Gelände errichtet worden war.

Die Arbeiten finden rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche statt und sollen zunächst bis Ende 2026 dauern. Mit der ersten Bohrung will die EWP neben der eigentlichen Erschließung der Erdwärme auch die geologischen Verhältnisse sowie das vorhandene Erdwärme- und Solepotenzial untersuchen. Aussagen über die tatsächliche Wärmeleistung und die Fördertemperatur seien laut Unternehmen erst nach Auswertung der gewonnenen Daten möglich. Die Ergebnisse erwartet die EWP noch vor Jahresende.

Bohrungen bis 2.000 Meter Tiefe

Nach Angaben von EWP baut das Unternehmen bei dem Vorhaben auf Erfahrungen aus einem ersten Tiefengeothermieprojekt an der Heinrich-Mann-Allee auf. Am Standort des HKW Süd sollen neben dem Aalen-Sandstein auch darunterliegende Gesteinsschichten erschlossen werden. Dafür sind Bohrungen bis in Tiefen von rund 2.000 Metern vorgesehen.

Der technische Geschäftsführer der EWP, Carsten Schulte, erklärte, die geologischen Bedingungen seien anspruchsvoll. „Gleichzeitig verspricht die Erschließung der tiefer liegenden Gesteinsschichten eine höhere Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Wärmegewinnung“, sagte er. Das Unternehmen hoffe, mit der Anlage eine thermische Leistung von deutlich mehr als 12 MW zu erreichen.

Kredite der EIB für das Vorhaben

Nach Angaben der EWP ist das Projekt Teil einer umfassenderen Strategie zur Umstellung der Wärmeversorgung. Dazu gehören neben der Erschließung neuer Wärmequellen auch der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes sowie verbesserte Bedingungen für neue Anschlüsse.

Der kaufmännische Geschäftsführer Monty Balisch verwies in diesem Zusammenhang auf zusätzliche Kreditzusagen der Europäischen Investitionsbank. Diese bestätigten nach seiner Einschätzung die fachliche und wirtschaftliche Ausrichtung des Vorhabens.

Unterstützt wird das Projekt von mehreren Partnern. Das Helmholtz-Zentrum Potsdam – „Deutsches GeoForschungsZentrum“ (GFZ), eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung mit Sitz in Potsdam, begleitet die Arbeiten wissenschaftlich. An der Umsetzung sind außerdem die UGS GmbH sowie die Envi Con Engineering GmbH beteiligt.

Tiefenwärme statt fossile Brennstoffe

Zum offiziellen Bohrstart am 13. Juli besuchte Brandenburgs Ministerin für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa, Martina Klement (CSU), den Standort im Potsdamer Stadtteil Drewitz. Sie bezeichnete die Tiefengeothermie als wichtigen Baustein für die Wärmewende. Nach ihren Worten könne die Technologie dauerhaft Wärme bereitstellen und fossile Energieträger ersetzen. Das Potsdamer Projekt zeige, wie eine klimafreundliche Fernwärmeversorgung künftig gestaltet werden könne.

Auch die Landeshauptstadt Potsdam sieht in der Tiefengeothermie einen wichtigen Bestandteil ihrer kommunalen Wärmeplanung. Nach Angaben des Fachbereichs Klima, Umwelt und Grünflächen soll Fernwärme künftig in vielen Versorgungsgebieten eine zentrale Rolle übernehmen.

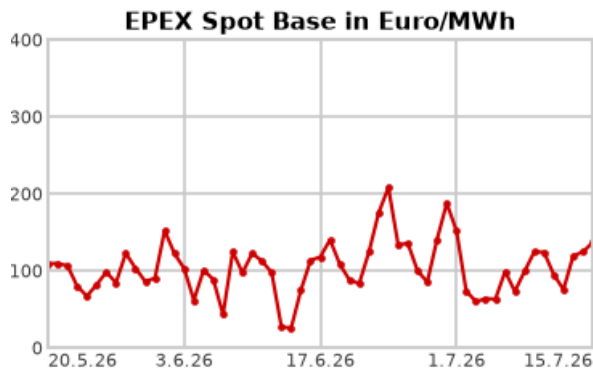
Fachbereichsleiter Lars Schmäh erklärte, die kommunale Wärmeplanung schaffe Orientierung für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie die Wohnungswirtschaft. „Investitionen in neue Wärmequellen sind Voraussetzung dafür, dass Erzeugung, Netzausbau und Wärmeanschlüsse aufeinander abgestimmt werden könnten“, sagte Schmäh.

Die EWP verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel, Fernwärme künftig für möglichst viele Gebäude in Potsdam wirtschaftlich und technisch attraktiv bereitzustellen. Dazu setzt das Unternehmen neben dem Ausbau des Wärmenetzes, insbesondere auf den Einsatz erneuerbarer Wärmequellen wie der Tiefengeothermie. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

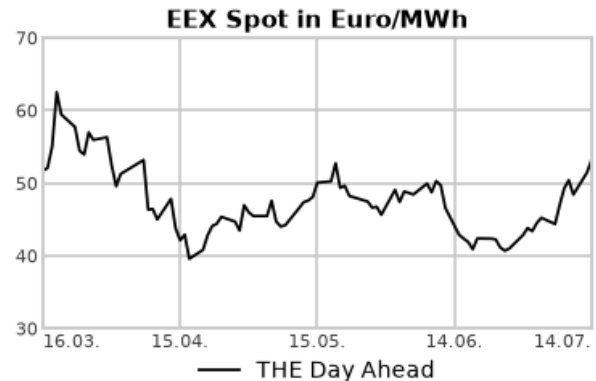
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Wiederaufflammen des Irankriegs lenkt LNG von Europa weg



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Fester haben sich die Energiemärkte vor dem Hintergrund der neuerlichen Eskalation im Irankrieg gezeigt. Doch die Sorgen die Anleger beschränken sich nicht auf die Energiemärkte. Die Anleger befürchten mittlerweile einen neuen weltweiten Inflationsschub durch den Ölpreis. Der Brent-Preis springt weitere rund 4 Prozent auf knapp 87 Dollar je Fass - und damit weit über die Notierungen während des Waffenstillstands bei um die 70 Dollar. Preistreibend wirkt dabei nicht nur die fast wieder geschlossene Straße von Hormus, sondern auch die Forderung eines Wasserstraßen-Wegezolls durch US-Präsident Donald Trump in Höhe von 20 Prozent auf Cargoschiffe, wenn sie die Meerenge durchqueren wollen.

Strom: Fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Dienstag gezeigt. Die Preise reagierten damit auf die höheren Notierungen für die Primärenergieträger Gas, Kohle und Öl und die erneute Zuspitzung der Lage am Persischen Golf. Der Day-ahead gewann um 12,50 Euro auf 136,75 Euro je Megawattstunde im Base und um 8,50 Euro auf 109,50 Euro je Megawattstunde im Peak. An der Börse wurde die Grundlast mit 136,42 Euro ermittelt, die Spitzenlast mit 109,12 Euro.

Händler führten die Aufschläge beim Day-ahead auf die geringere Erneuerbaren-Einspeiseleistung von 23,9 Gigawatt zurück, die am Mittwoch anfallen soll. Für den Berichtstag hatten die Meteorologen von Eurowind 26,8 Gigawatt prognostiziert.

Für die Folgetage geht der Wetterdienst von einem weiteren moderaten Rückgang der Beiträge von Wind und Solar aus. Am Freitag soll sich deren Einspeiseleistung auf nur noch 18,4 Gigawatt beschränken. Vom Wochenende an rechnen die Meteorologen für Deutschland mit unbeständigem und kühlerem Wetter, wobei in der kommenden Woche die Temperaturen laut dem US-Wettermodell sogar auf leicht unterdurchschnittliche Werte zurückfallen sollen.

Das Strom-Frontjahr gewann kräftige 3,07 Euro auf 101,92 Euro.

CO₂: Etwas fester haben sich die CO₂-Preise am Dienstag präsentiert. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.07 Uhr um 0,28 Euro auf 80,39 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 10,3 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 80,91 Euro, das Tief bei 79,73 Euro.

Im Nahen Osten brodelte es weiterhin, da sich die USA und der Iran gegenseitig mit Angriffen überziehen, während Trump die Seeblockade wieder in Kraft gesetzt und einen Zoll von 20 Prozent auf alle Frachtgüter angekündigt hat, die die Meerenge passieren – als Gegenleistung dafür, dass die USA für Sicherheit sorgen.

Die Energiepreise stiegen als Reaktion auf die jüngsten Entwicklungen stark an, wobei Strom, Gas, Kohle und Öl allesamt deutliche Kursgewinne verzeichneten. Für EUA hat die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten laut den Analysten von Redshaw Advisors gemischte Auswirkungen: Einerseits steigen die Emissionen im Stromsektor, da Kohle anstelle von Gas verbrannt wird, andererseits sorgt die Belastung der Wirtschaft durch die hohen Energiepreise für Abwärtsdruck. Zudem dürften die hohen Temperaturen zumindest für den Rest dieser Woche anhalten und fundamentale Unterstützung bieten.

Der Vorschlag der Kommission am Freitag zur Reform des EU-ETS dürfte ein weiterer impulsgebender Faktor sein und könnte die Preise im Vorfeld in einer engen Bandbreite halten, so die Analysten weiter.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben sich am Dienstag vor dem Hintergrund der Eskalation am Persischen Golf weiter erhöht. Der Frontmonat August am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.20 Uhr um 2,100 Euro auf 53,350 Euro je Megawattstunde. Der Day-ahead am deutschen THE notierte mit einem Aufschlag von 2,205 Euro auf 53,300 Euro je Megawattstunde.

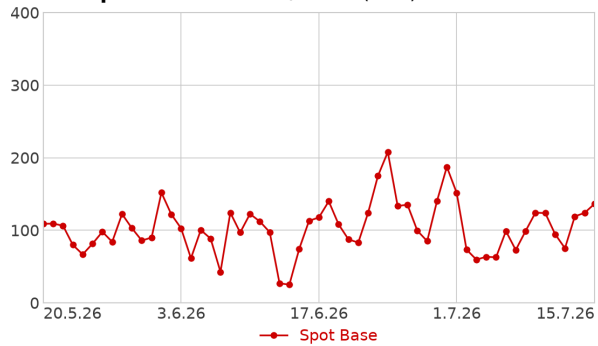
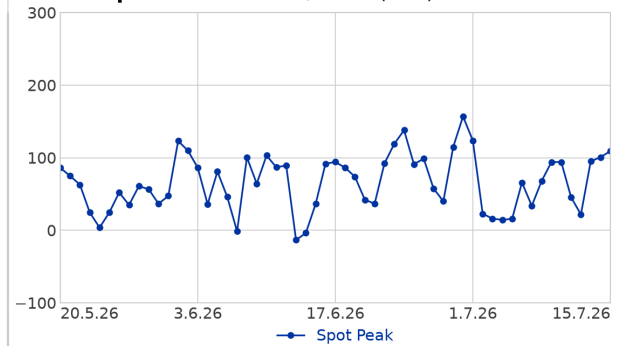
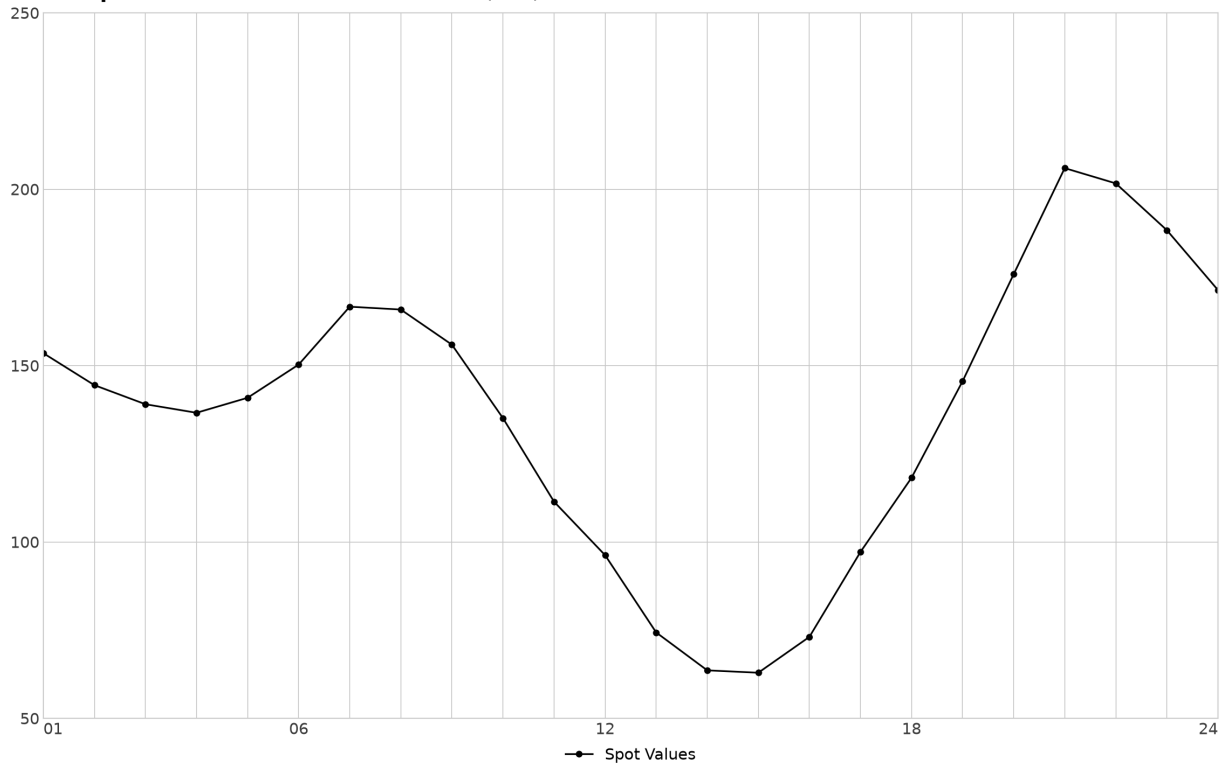
Damit ist der Preis seit Monatsbeginn um mehr als 20 Prozent gestiegen. Die Marktteilnehmer schätzen Rhetorik und Handlungen der USA und des Iran als erneute Eskalation ein. Dies dürfte die Befürchtungen hinsichtlich eines nun doch länger anhaltenden Konfliktes und einer damit einhergehenden Blockade der Straße von Hormus verstärken.

Auch hat der katarische Staatskonzern Qatar Energy am vergangenen Donnerstag Berichten zufolge das geplante Wiederhochfahren seiner LNG-Produktion vorerst gestoppt. Durch die blockierte Straße fehlt das katarische LNG vor allem in Asien. Da die Importeure dort einen höheren Preis zahlen, werden vermehrt US-LNG-Tanker mit ursprünglichem Kurs nach Europa nun nach Asien umgeleitet.

Dadurch sind die europäischen LNG-Importe aus den USA im Juni auf ein Zwei-Jahres-Tief gefallen, auch wenn das US-LNG hierzulande aufgrund des heißen Sommers und der niedrigen Gasspeicherstände dringend benötigt wird, so die Analysten der Commerzbank. Um die US-LNG-Tanker wieder stärker auf europäischen Kurs zu bringen, müssen die Preise am europäischen Markt weiter steigen.

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

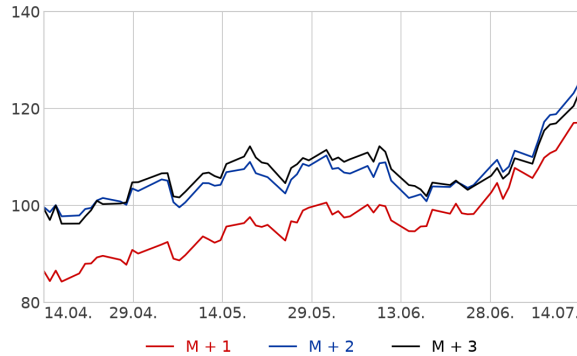
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	14.07.26	German Power Aug-2026	117,07
M2	14.07.26	German Power Sep-2026	125,42
M3	14.07.26	German Power Oct-2026	123,39
Q1	14.07.26	German Power Q3-2026	100,00
Q2	14.07.26	German Power Q4-2026	130,80
Q3	14.07.26	German Power Q1-2027	123,73
Y1	14.07.26	German Power Cal-2027	102,30
Y2	14.07.26	German Power Cal-2028	84,34
Y3	14.07.26	German Power Cal-2029	76,87

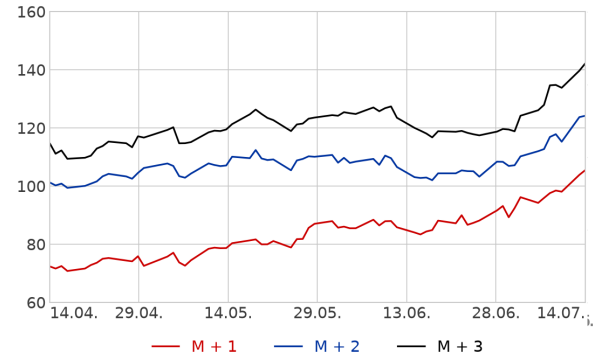
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	14.07.26	German Power Aug-2026	105,45
M2	14.07.26	German Power Sep-2026	124,15
M3	14.07.26	German Power Oct-2026	142,14
Q1	14.07.26	German Power Q3-2026	91,62
Q2	14.07.26	German Power Q4-2026	158,68
Q3	14.07.26	German Power Q1-2027	142,58
Y1	14.07.26	German Power Cal-2027	108,08
Y2	14.07.26	German Power Cal-2028	90,26
Y3	14.07.26	German Power Cal-2029	82,94

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



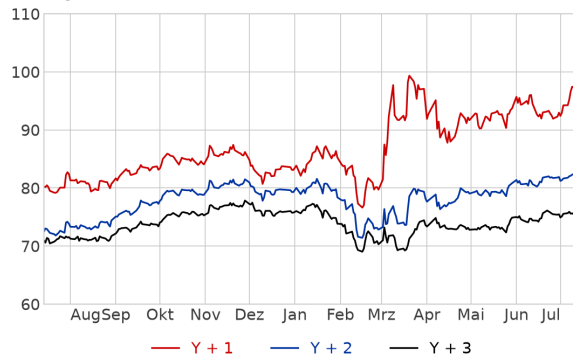
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



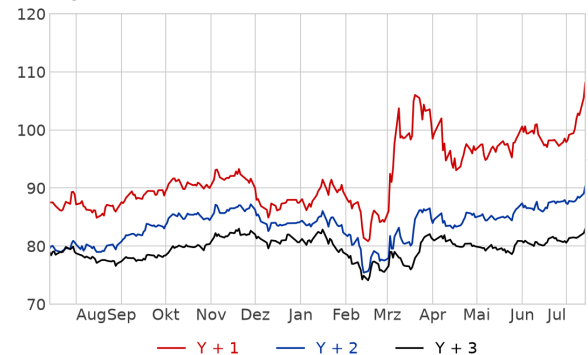
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

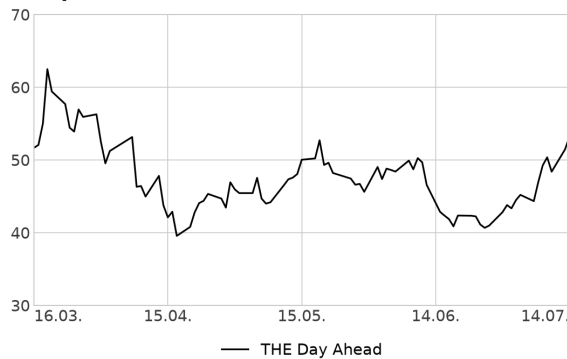


Gas Spot- und Terminmarkt

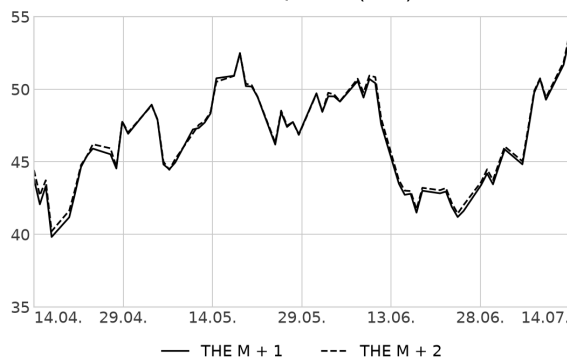
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	14.07.26	German THE Gas Aug-2026	53,50
M2	14.07.26	German THE Gas Sep-2026	53,79
Q1	14.07.26	German THE Gas Q3-2026	41,63
Q2	14.07.26	German THE Gas Q4-2026	54,18
S1	14.07.26	German THE Gas Win-2026	53,34
S2	14.07.26	German THE Gas Sum-2027	39,14
Y1	14.07.26	German THE Gas Cal-2027	42,25
Y2	14.07.26	German THE Gas Cal-2028	30,30

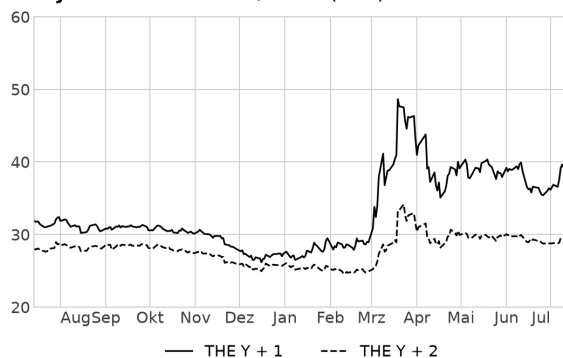
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



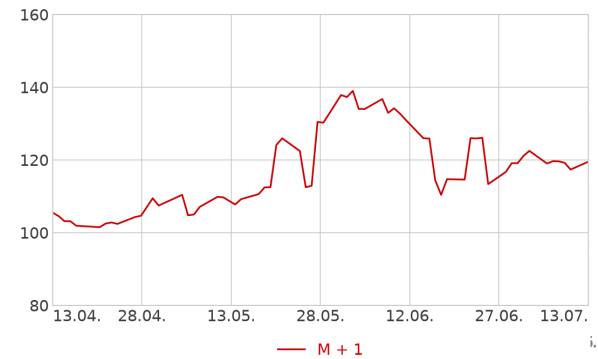
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kl.	Einheit
Germany Spot base	14.07.26	136,4	EUR/MWh
Germany Spot peak	14.07.26	109,1	EUR/MWh
EUA August	14.07.26	80,52	EUR/tonne
Coal API2 August 2026	14.07.26	119,5	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kl.	Einheit
German THE Gas Day AI	14.07.26	53,19	EUR/MWh
German THE Gas Aug-2026	14.07.26	53,50	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	14.07.26	42,25	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	14.07.26	84,73	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Business Development Manager (w/m/d) Energiewirtschaft

emsys paving the way for renewables Oldenburg bei Bremen Flexible Arbeitszeiten Business Develop...
in Bremen

vor 2 h

● Festanstellung / Freie Mitarbeit ● Homeoffice / Flexible Arbeitszeit / Kantine



Pflegefachperson (m/w/d) für die gastroenterologische Station

Wir suchen zum ab sofort in Voll- oder Teilzeit für unser Klinikum in Winnenden eine Pflegefachperson...
in Waiblingen

vor 2 h

● Weiterbildung / Kantine



Experte Energiewirtschaft Marktprozesse (m/w/d)

Experte Energiewirtschaft Marktprozesse Standort: Neckarsulm Abteilung / Bereich: Energie / Umwelt...
in Neckarsulm

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Consultant Energiewirtschaft Datenqualität MaKo (m/w/d)

Consultant Energiewirtschaft Datenqualität MaKo Standort: Neckarsulm Abteilung / Bereich: Energie / ...
in Neckarsulm

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Chemnitz

vor 2 h

● Minijob ● Flexible Arbeitszeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

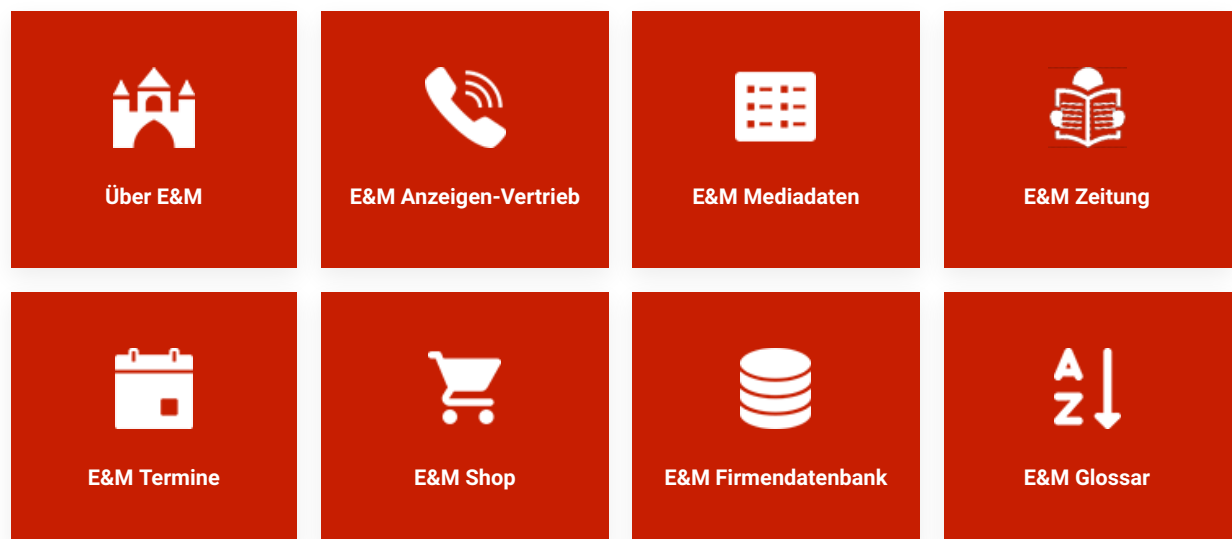


Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: